

Markus Beyrer

Generalsekretär der Industriellenvereinigung



# Wachstum und Wohlstand nur mit einer starken Industrie

Über die Ursachen der aktuellen globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wird noch viel diskutiert werden. Ökonomen und Experten sind sich diesbezüglich keineswegs einig. Eine genaue Analyse der Entstehung dieser Krise ist aber mit Blick auf die sicherlich notwendige Neuordnung der internationalen Finanzmärkte dringend notwendig. In diesem Zusammenhang ist es als absolut positiv zu bewerten, dass der internationale Konsens, der Wille zur Zusammenarbeit wohl noch nie so groß war wie heute. Dies ist gerade aufgrund der Lehren aus der Vergangenheit erfreulich – nämlich dass es gelingen wird, diese Krise in internationaler Kooperation erfolgreich zu bekämpfen.

Eine der wichtigsten Lehren aus der großen Weltwirtschaftskrise der Vergangenheit, welche 1929 ihren Ausgang nahm, ist die Erkenntnis, dass gerade in einer solchen internationalen Krise Protektionismus keine positiven, sondern im Gegenteil geradezu katastrophale Auswirkungen hat. Protektionistische Tendenzen traten auch diesmal in Erscheinung, so etwa in Zusammenhang mit den Konjunkturpaketen Frankreichs und der USA, doch bisher konnte erfolgreich verhindert werden, dass sich die „Fratze des Protektionismus“ auf breiter Ebene erheben kann. Gerade für uns in Europa, die wir so stark von den beiden Stabilitätsankern Euro und Binnenmarkt profitieren, ist dies von besonderer Bedeutung. Wenn aus der derzeitigen Rezession keine Depression werden soll, müssen wir aus den Erfahrungen der 1930er-Jahre lernen und der *Beggar-thy-Neighbour-Politik* eine klare Absage erteilen.

Genauso wie international ein Miteinander sehr viel erfolgversprechender ist als ein Gegeneinander, so muss aber auch auf der nationalen Ebene Tren-

nendes in der jetzigen Zeit überwunden werden. Arbeitnehmer und Arbeitgeber können diese Herausforderung nur mit einer gemeinsamen Anstrengung überstehen, und auf keinen Fall darf aufgrund alter ideologischer Reflexe der Markt gegen den Staat ausgespielt werden. Wir brauchen jetzt sowohl die stabilisierenden Kräfte des Staats, als auch die dynamischen des Markts. Genauso wichtig ist es, die Zeit des Schuldzuweisens zu überwinden, und sich mit klarem Blick den Ursachen der Krise zuzuwenden. Krisen wird es immer geben – umso wichtiger ist es, aus der aktuellen die richtigen Schlüsse zu ziehen.

## Mit fremden Geld ist leicht wirtschaften

Die Finanzmarktkrise hat uns zum Beispiel gezeigt, dass das *Originate and Distribute*-Geschäftsmodell der Investmentbanken, also die weltweite verbriefte Weitergabe von Eigenrisiko und der geringe Eigenkapitalanteil dazu verleiten, unangemessenes Risiko einzugehen. Die Leverage-Ratio von Lehman Brothers (Verhältnis von Eigenkapital zu Bilanzaktiva) betrug zum Beispiel Anfang 2008 den Wert 31,7. Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 3,17%.

## Ohne Industrie kein Wachstum

Die Konjunkturkrise zeigt uns auch noch deutlicher als vorher, dass Wachstum und Wohlstand in Österreich ohne die industrielle Basis undenkbar sind. Vor allem die großen Unternehmen, die am meisten exponierten Leitbetriebe des Standortes, sind die größten Multiplikatoren für Wachstum und Beschäftigung im Land. Das wird dann besonders sichtbar, wenn ihre Zugkraft konjunkturbedingt nachlässt. Die glo-

bale Industrieproduktion wird laut IWF bis Mitte des Jahres um 15 % unter dem Wert des Vorjahres liegen. Im Euroraum ist sie laut Eurostat im Februar um 18 % gefallen und auch in Österreich wird der Rückgang auf Jahresbasis nicht unter 10 % liegen (Daten vom Februar: –14,2 % gegenüber 2008).

Wir haben errechnet, dass ein Produktionsrückgang von 10 % bei 103 ausgewählten heimischen Leitbetrieben – den ich noch nicht sehe – verheerende Folgen für den Standort Österreich hat: Ein 10-prozentiger Produktionsausfall führt direkt und indirekt zum österreichweiten Entfall von jährlich 8,8 Mrd EUR an Produktion, 3,5 Mrd EUR an Wertschöpfung, 3,6 Mrd EUR an Exporten, 820 Mio EUR an Investitionen und 940 Mio EUR an FDIs. Diese Zahlen mögen vielleicht etwas theoretisch wirken, aber man kann deren Auswirkung auch anders ausdrücken: Dieser Einbruch birgt das Risiko eines Verlusts von (jährlich) 46.000 Arbeitsplätzen – davon 1.100 allein im hochqualifizierten Forschungsbereich, 1,4 Mrd EUR an Arbeitnehmerentgelten, 740 Mio EUR an arbeitnehmerinduzierten Abgaben, 220 Mio EUR an F&E-Ausgaben und 30 Mio EUR für Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

### **Neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaftspolitik**

Das Schlagwort von der *Krise als Chance* wird von vielen Seiten überstrapaziert. Doch selbst im reformunwilligen Österreich wird es Diskussionen über grundlegende Reformen – zu nennen sind vor allem die Bereiche Bildung, Gesundheit, Pensionssystem und die Staats- und Verwaltungsreform – geben müssen. Zwar sind hier bisher kaum Signale bemerkbar, doch der Druck wird steigen und grundlegende Reformen werden unausweichlich werden.

Um Paul Romer von der Stanford University zu zitieren: “A crisis is a terrible thing to waste.” Als Mitbegründer der endogenen Wachstumstheorie ist Paul Romer davon überzeugt, dass Wachstum kein vom Schicksal abhängiger Faktor ist, sondern einzig und allein vom Willen und der Bereitschaft der Menschen abhängt, ihr Leben produktiver und innovationsreicher zu gestalten. Fortschritt geht erfahrungsgemäß immer Hand in Hand mit Wettbewerb oder eben mit Krisenzeiten, in der durch den „Druck der knappen Ressourcen“ die vorhandenen Gelder noch effizienter eingesetzt werden müssen. Wachsende Budgetdefizite und ein Rückfall in der Lissabon-Agenda waren in Europa anscheinend nicht Anlass genug, um konsequent Strukturformen umzusetzen. Hoffentlich wirkt die aktuelle Krise in diesem Zusammenhang wie der dringend benötigte Weckruf.

### **Das Besondere an der Krise: Sie trifft alle**

Eine Besonderheit dieser Krise ist, dass sie Auswirkungen in allen Bereichen hat. Getroffen werden somit auch grundsolide „gesunde“ Unternehmen. Die kürzlich erschienene Studie der OeNB zur Kreditklemme bestätigt das Phänomen, dass nicht nur die langfristigen Finanzierungen überproportional gefährdet sind, sondern auch die großen Unternehmen besonders unter der Kreditklemme leiden. Die Krise unterscheidet also nicht mehr zwischen „Groß“ und „Klein“ oder „Gut“ und „Schlecht“ – sondern sie trifft alle. Bei einer „normalen“ Krise wären möglicherweise nur Marginalanbieter betroffen, nicht aber dieses Mal.

Daher war es essentiell, dass die österreichische Bundesregierung im Rahmen des Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetzes die Möglichkeit zur

Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe in Unternehmen schafft, die zum Stichtag 1. Juli 2008 eine gesunde wirtschaftliche Basis aufweisen. Das Instrument teilweise staatlich garantierter Kredite für mittlere und größere Unternehmen, die zu den nationalen oder regionalen Stützen der Wirtschaft zählen, ist absolut richtig gewählt und erlaubt die nötige Flexibilität in der Anwendung.

Ein Hauptgrund für die beispiellosen Auswirkungen der Krise ist vor allem der Zusammenbruch des Exports. Die WTO rechnet heuer mit einem Rückgang des Welthandels um rund 9% (die OECD sogar um 13%) – dem stärksten Rückgang seit 1948. Die österreichische Industrie hat heute eine Exportintensität von 58%. Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird also exportiert. In einigen Branchen wie bei der Metall- oder Papiererzeugung sind es sogar 68% und bei der chemischen Industrie gar 72%. Ein Wegbrechen des Exportes trifft heute alle – Unternehmen, Arbeitnehmer, den Staat und die privaten Haushalte.

Die Aufgabenbereiche der Wirtschaftspolitik sind dabei zwar nicht unbedingt neu – aber neu ist das Spektrum: zum ersten Mal muss eine kurz-, eine mittel-, und eine langfristige Aufgabenstellung gleichzeitig bewältigt werden und angesichts der Krise neu definiert oder zumindest geschärft werden. Das schwierige dabei ist nicht nur die Prioritätensetzung, sondern auch, weitgehend zu verhindern, dass die einzelnen Phasen in Konflikt miteinander stehen.

### 1. Kurzfristig: Exit-Strategie aus der Krise

Die kurzfristige Aufgabe ist – diese ist natürlich von höchster Priorität – eine möglichst effektive und effiziente Exit-Strategie aus der Krise umzusetzen.

Hier gibt es zwei unumstößliche Prioritäten für die Krisenfeuerwehr: Die Überwindung der Finanzierungsengpässe und die Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Zum ersten wurde aufgrund der Krise wieder deutlich, dass es in der Wirtschaft um Zusammenarbeit geht: Die Industrie braucht die Kreditwirtschaft, die Kreditwirtschaft braucht die Industrie. Ohne Funktionieren der Banken gibt es keinen „Blutkreislauf“ der Wirtschaft. Wir müssen gemeinsam mithelfen, dass die Banken jene Liquidität haben, um die Liquidität der Unternehmen sicher zu stellen. Das Bankenpaket war ein erster Schritt, und das schon erwähnte Unternehmensliquiditätsstärkungsgesetz von 10 Mrd EUR für staatlich besicherte Kredite im Rahmen des Bankenpakets ist die wichtige und notwendige Weiterentwicklung. Es geht jetzt konkret darum



zu verhindern, dass gesunde Unternehmen (und deren Mitarbeiter) unverschuldet von durch die Krise verursachten Liquiditätsengpässen in Probleme geraten oder gar Schlimmeres. Aber auch den nächsten Schritt dürfen wir nicht aus den Augen verlieren: Neben der kurzfristigen Finanzierung der Betriebsmittel muss zusätzlich auch mittelfristig die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen gestärkt werden, sonst

drohen zwar nicht liquiditätsbedingte Insolvenzen, aber im Zuge der allgemeinen De-Leveraging-Bestrebungen könnte es zu einer dramatischen Werthaltigkeitserosion der Produktionsmittel mangels Fortführungsperspektive der Unternehmen kommen.



Beim Arbeitsmarkt geht es vor allem darum, qualifizierte Arbeitskräfte in und vor allem für die Zeit nach der Krise nicht zu verlieren. Jetzt liegt es auch hier an der Politik, rasch und umsichtig zu handeln, nicht zu reagieren – und vor allem tabufrei zu agieren. Denn treffsichere – allenfalls auf die Dauer der Krise befristete – arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die der Tiefe der Krise gerecht werden, müssen getroffen werden. Dazu zählt ein für die Unternehmen leistbares und Arbeitsplätze erhaltendes Kurzarbeitsmodell genauso, wie eine – der österreichischen Tradition folgend – verantwortungsvolle Lohnpolitik, die auch und gerade jetzt im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen auf die internationale Wettbewerbssituation des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich bedacht nimmt. Der richtige Ort für eine derartige Diskussion ist jedenfalls ganz sicher nicht die Straße!

## 2. Mittelfristig: Potentialwachstum festigen und ausbauen

Mittelfristig müssen die Wirtschaftspolitiker auch daran denken, das Potentialwachstum wieder herzustellen, es zu festigen und es im Sinne der Zukunftsfähigkeit sogar noch weiter auszubauen. In Zeiten des knappen Gelds ist das sicher eine besondere Herausforderung und die gemeinsamen europäischen Anstrengungen bei der Konjunkturbelebung dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Wettbewerbsfähigkeit im Euroraum bereits vor der Krise auseinander entwickelt hat (Sonderbericht über den Euroraum der EU-Kommission, Q2/2009). Während Deutschland, Finnland, und Österreich ihre Preis- und Kosten-Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich mit den übrigen Staaten des Euroraums in den vergangenen zehn Jahren verbessert haben, haben Staaten wie Griechenland und Spanien an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Die Hauptursache ist die enttäuschende Produktivitäts- und die zu hohe Lohnentwicklung. Die niedrigen Realzinsen und der Wegfall des Wechselkursrisikos haben einen hohen Kapitalzufluss ermöglicht, der nicht immer für die produktivsten Zwecke genutzt worden ist. Statt in Investitionen ist das Geld vor allem in den Konsum geflossen. Diese Staaten müssen nun die Produktionskosten und die Preise im Exportsektor senken und die Investitionen und Ressourcen vom geschützten Binnensektor in den Exportsektor verschieben. Hier ist Allokations-, und nicht Distributionspolitik gefragt, und damit ein Weg zur Steigerung der Produktivität.

Wir lernen daraus, dass ein Übermaß an vorhandenen Geldmitteln nur selten dorthin fließt, wo die Produktivität gefördert wird und damit das Potentialwachstum für die Zukunft



ausgebaut wird. Den Umkehrschluss, dass in Zeiten des knappen Gelds eine umso effizientere Allokationspolitik betrieben wird, den muss unsere Wirtschaftspolitik nun beweisen! In den Konsum und damit die unmittelbare Konjunkturankurbelung wurde in den vergangenen sechs Monaten genug investiert. Angefangen vom Kaufkraftpaket im September von über 1,8 Mrd EUR bis hin zur Tarifentlastung und dem Familienpaket der Steuerreform, die zusammen über 2,8 Mrd EUR kosten. Das Ergebnis: der private Konsum wird auch heuer in Österreich (als fast einzigem OECD-Land) steigen, während die Investitionen voraussichtlich um einen zweistelligen Prozentsatz fallen werden. Wegen der starken Importlastigkeit des privaten Konsums in Österreich hat die OECD den Transfers an die privaten Haushalte im österreichischen Konjunkturpaket eine Multiplikatorwirkung von nur 0,2 errechnet und damit einen der niedrigsten Werte aller Industriestaaten.

Bei der mittelfristigen Strategie geht es also darum: Wie schaffen wir es, möglichst stärker als andere aus dem konjunkturellen Wellental zu kommen? – Mehr Forschung und mehr Investitionen in eine bessere Infrastruktur. Bei der Forschung hat erst kürzlich das WIFO berechnet, dass eine Steigerung der F&E-Intensität um 10% eine Beschleunigung des Beschäftigungswachstums um 0,6 bis 1,8 Prozentpunkte pro Jahr bewirkt. Wir brauchen daher Sicherstellung ausreichender Finanzierung im F&E-Bereich. Bei den Infrastrukturinvestitionen insbesondere im Energiebereich (Leitungen, Kraftwerke) gäbe es sogar einen Win-Win-Situation zwischen kurzfristiger Konjunkturankurbelung und langfristigen gesteigerten Potentialwachstum. In diesem Zusammenhang müssen nicht zuletzt die Genehmigungsverfahren beschleunigt

werden. Nach wie vor bestehende Regelungen und mangelnder politischer Mut verhindern noch immer Investitionen in einem der wenigen Bereiche wie dem Kraftwerksbau, in dem die Unternehmen selbst rasch investieren könnten und wollten.

### 3. Langfristig: Durch Nachhaltigkeit weitere Krisen verhindern

Und schließlich wird es die langfristige Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, weitere Krisen zu verhindern – vor allem Krisen, die bereits heute vorhersehbar sind. Eine davon ist die Schuldenbelastung durch die demographische Entwicklung. Es geht also um Bereiche wie die Gesundheits-, die Staats- und Verwaltungsreform oder die weitere Gestaltung des Pensionsystems. Darüberhinaus ist von besonderer Bedeutung unser Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem der Zukunft. Das Delegieren etwa der Staats- und Verwaltungsreform an eine neue Arbeitsgruppe unter Leitung des Rechnungshofes wird da beispielsweise nicht reichen. Es bedarf der wirklichen politischen Umsetzung der Vorschläge.

Zum Abschluss, möchte ich kurz umreißen, wie im Sinne der langfristigen Krisenbewältigung der Wirtschaftspolitik sicher nicht vorgegangen werden soll: Die Debatten über die Vermögensbesteuerung beweisen, dass in Österreich gerne der Weg des geringsten Widerstands gegangen wird. Statt auf der Ausgabenseite Konsolidierungsdruck auszuüben, wird lieber zuerst über die Einnahmenseite nachgedacht. Österreich ist bereits heute ein Hochsteuerland und daran kann auch die verzerrte internationale Statistik der Vermögensbesteuerung nicht hinwegtäuschen, in der Österreich rein statistisch im unteren Bereich liegt, weil z.B. über Gemeindgebühren (Was-

ser, Abwasser, Müll) extra finanziert wird, was in anderen Ländern über die Grundsteuer finanziert wird.

Die wirtschaftlichen Folgen der derzeitigen Krise sind bereits sowohl für die Unternehmen wie auch für die Arbeitnehmer spürbar. Wir haben aber die konjunkturelle Talsohle noch nicht erreicht, auch wenn sie langsam in Sicht

kommt. Jetzt ist es umso wichtiger die richtigen wirtschaftspolitischen Schwerpunkte zu setzen. Sie entscheiden nicht nur darüber wie gut wir durch diese Krise kommen werden, sondern entscheiden bereits heute über die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts in der nächsten Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs.